

Politische Forderungen für eine klimaneutrale Kali- und Salzindustrie

1. November 2021. Die deutsche Kali- und Salzindustrie bekennt sich zum Ziel der Klimaneutralität. Eine wettbewerbsfähige Dekarbonisierung der Branche kann allerdings nur mit weitreichender politischer Unterstützung und umfassender staatlicher Förderung gelingen, da die mit der Transformation verbundenen hohen Kosten im Wettbewerb, beispielsweise mit außereuropäischen Anbietern wie Russland und Belarus, nicht tragbar sind. Die Politik muss sich daher jetzt entschieden für die Branche einsetzen, damit Wertschöpfung in Deutschland erhalten bleibt und in der systemrelevanten Rohstoffgewinnung keine Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern entstehen.

Ausgangslage

Kali und Salz sind unverzichtbare und essenzielle Rohstoffe für mineralische Düngemittel, Auftausalz, Speise- sowie Futtermittelsalz, für die Pharmabranche, chemische Industrie, Glas-, Textil- und Metallindustrie sowie für viele andere Industrien. Die deutsche Kali- und Salzindustrie zählt zu den energieintensiven Branchen und ist Teil des EU-Emissionshandelssystems. Die Branche benötigt heute große und in Zukunft noch größere Mengen an Energie zur Förderung und Aufbereitung der Salze in komplexen, mehrstufigen mechanischen und physikalischen sowie Trocknungs-Prozessen. Zudem werden in der Kali- und Salzindustrie rund 2.500 Fahrzeuge und Bergbaugroßgeräte untertage eingesetzt, die überwiegend dieselbetrieben sind und für die Elektroalternativen aufgrund der besonderen Gegebenheiten im Bergbau erst noch entwickelt oder marktfähig gemacht werden müssen.

Die Branche bekennt sich zum Ziel der Klimaneutralität bis 2045!

Durch den umfassenden Einsatz hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologie (KWK) und den damit verbundenen Umstieg von Kohle auf Erdgas sowie umfangreiche Energieeffizienzmaßnahmen und Kapazitätsabbau hat beispielsweise die deutsche Kaliindustrie ihre direkten CO₂-Emissionen seit 1990 um rund 80 % gesenkt. Da die Branche energiewirtschaftlich bereits weitgehend optimiert ist, ist eine weitere Dekarbonisierung nur mit umfassender politischer und finanzieller Unterstützung möglich.

Deutschland ist aufgrund der vorhandenen Lagerstätten der mit Abstand größte Produzent von Kali- und Salzrohstoffen in Europa und versorgt damit tagtäglich zuverlässig und unter Einhaltung höchster Produktions- und Nachhaltigkeitsstandards die deutschen, europäischen und außereuropäischen Abnehmer.

Die deutsche Kali- und Salzindustrie steht in einem intensiven Wettbewerb mit Großanbietern aus Belarus, Russland und Kanada, die zu deutlich niedrigeren Klima-, Umwelt- und Sozialstandards und damit zu deutlich niedrigeren Kosten produzieren. Die ohnehin hohen und in jüngster Zeit noch einmal massiv gestiegenen Gas-, Strom- und CO₂-Preise in Deutschland sind gegenüber den genannten Wettbewerbern auf Dauer nicht wettbewerbsfähig. Rund die Hälfte des Strompreises ist auf Steuern und Abgaben zurückzuführen. Die Gaspreise liegen rund drei Mal höher als in Wettbewerbsländern. Der Versuch, hierzulande klimaneutral zu produzieren, würde die Kosten unter den jetzigen Rahmenbedingungen noch einmal vervielfachen, was praktisch das Aus der hiesigen Produktion bedeuten würde.

Die Politik ist daher dringend aufgerufen, schnell umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um eine wettbewerbsfähige Dekarbonisierung der Kali- und Salzindustrie zu ermöglichen und damit zu verhindern, dass die strategisch bedeutende Versorgung mit Kali- und Salzrohstoffen künftig verstärkt von Belarus und Russland abhängt und nicht mehr aus heimischer Gewinnung erfolgen kann.



Maßnahmen und Forderungen

Entscheidend ist, dass die Politik jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Die Kali- und Salzindustrie ist durch die zuvor beschriebene KWK-Nutzung energetisch weitgehend optimiert und derzeit auf die Nutzung von Erdgas zwingend angewiesen. Die stetige Verteuerung von Energie und CO₂-Emissionen führt daher in der Branche nicht zu noch mehr Klimaschutz, sondern verteuert vor allem die Produktion und entzieht damit den Unternehmen wichtige Finanzmittel, die für die Transformation der Branche notwendig sind. Es bedarf daher jetzt umfassender Förderungen und zielgerichteter Entlastungen, um den Weg einer wettbewerbsfähigen Dekarbonisierung beschreiten zu können.

1

Ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis in Höhe von max. 4 Cent/kWh ist zur Dekarbonisierung zwingend erforderlich!

Die vollständige Dekarbonisierung erfordert den Einsatz von grünem Strom statt fossiler Heiz- und Kraftstoffe. Dazu müssen die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden. Klimaneutralität kann nur erreicht werden, wenn von politischer Seite große Mengen an grünem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen (Industriestrompreis in Höhe von max. 4 Cent/kWh) bereitgestellt werden, da ansonsten eine Vervierfachung der ohnehin hohen jährlichen Energiekosten (OpEx) in der Branche zu erwarten wäre und dies im Wettbewerb mit außereuropäischen Anbietern nicht tragbar wäre.

2

Umrüstungsförderung in Höhe von insgesamt 600 Mio. Euro notwendig!

Die Elektrifizierung bzw. Dekarbonisierung von Prozessen, Fahrzeugen und Bergbaugroßgeräten sowie die Umrüstung, beispielsweise von hocheffizienten gasbetriebenen KWK-Anlagen auf CO₂-arme Wärmeerzeugung in Power-to-Heat-Anlagen, muss unbürokratisch von staatlicher Seite finanziell gefördert werden, um die hohen Investitionsmehrkosten im Wettbewerb zu kompensieren (CapEx).

3

Gas in hocheffizienten KWK-Anlagen wird als Brückentechnologie weiter gebraucht!

Klar ist, dass kurzfristig der notwendige Bedarf an erneuerbaren Energien und grünem Strom nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen wird. Es ist daher erforderlich, dass hocheffiziente gasbetriebene KWK-Anlagen als Brückentechnologie weiter anerkannt sind und gefördert werden.

4

Die Entwicklung und Umstellung auf klimafreundliche Mobilität für die rund 2.500 untertägigen Bergbau- und Befahrungsfahrzeuge muss finanziell gefördert werden!

Die Kali- und Salzindustrie ist der größte Abnehmer für hochspezialisierte Fahrzeuge und Bergbaugeräte im untertägigen Einsatz, die aufgrund der hohen spezifischen Anforderungen untertage überwiegend dieselbetrieben sind. Die Prüfung, Entwicklung und der marktfähige Einsatz von E-Mobilität, synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoffantrieben untertage muss von staatlicher Seite finanziell gefördert werden, um die meist mittelständischen Anbieter und Abnehmer bei der Transformation zu unterstützen. Dies würde auch gesetzliche Anpassungen notwendig machen, da derzeit ein untertägiger Einsatz von Wasserstoff nicht zulässig ist.



5**Wasserstoff für ausgewählte Bereiche nutzbar machen!**

Wasserstoff hat zukünftig in einigen Bereichen der Branche, z.B. in der Antriebstechnologie, in spezifischen Prozessen oder der (Zwischen-)Speicherung untertage, ein Anwendungspotenzial, das der weiteren Forschung und Entwicklung bedarf.

Bezogen auf die energieintensiven Wärmegewinnungsprozesse beispielsweise in der Kaliindustrie ist die Nutzung von Wasserstoff hingegen vergleichsweise ineffizient und der Einsatz von grünem Strom zur Wärmeerzeugung (Power-to-Heat) vorzuziehen.

6**Die EEG-Umlage ist abzuschaffen – bis zur vollständigen Abschaffung sind Entlastungen wie die Besondere Ausgleichsregelung zwingend erforderlich!**

Der Strompreis in Deutschland ist im internationalen Vergleich zu hoch. Rund die Hälfte des Strompreises entfällt auf Steuern und Abgaben. Diese sind schnellstmöglich abzubauen beispielsweise durch die Abschaffung des EEG. Bis zur vollständigen Abschaffung sind energieintensive Branchen wie die Kali- und Salzindustrie zwingend auf Entlastungen wie die Besondere Ausgleichsregelung angewiesen.

7**Die kostenfreie Zuteilung von CO2-Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandel darf nicht noch weiter reduziert werden!**

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Kali- und Salzindustrie kurzfristig nicht zu gefährden, ist ein umfassender Carbon-Leakage-Schutz zwingend notwendig, der auch die ohnehin mittlerweile stark eingeschränkte Zuteilung von kostenfreien CO₂-Zertifikaten umfasst. Ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism) ist dabei kein geeignetes Schutzinstrument für die heimische Kali- und Salzindustrie, da es in der Praxis von außereuropäischen Anbietern leicht unterlaufen werden würde.

8**Die Strompreiskompensation für indirekte CO₂-Kosten muss umgehend für die Kaliindustrie wieder gewährt werden!**

Die Aberkennung der Berechtigung für die Kompensation von indirekten CO₂-Kosten (Strompreiskompensation) für die Kaliindustrie durch die Europäische Kommission führt für die Branche zu erheblichen finanziellen Nachteilen im zweistelligen Millionenbereich pro Jahr. Die Kaliindustrie muss daher schnellstmöglich wieder als beihilfeberechtigt eingestuft werden, zumal der Strombedarf aufgrund der notwendigen stärkeren Elektrifizierung ansteigen wird.

9**Der Energie- und Stromsteuer-Spitzenausgleich ist zwingend fortzusetzen und die vergleichsweise hohen Energiesteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken!**

Deutschland zählt zu den Spitzenreitern im Bereich der Energie- und Stromsteuern. Die Energiekosten sind einer der wichtigsten Standortfaktoren. Es bedarf daher zwingend Entlastungen für die Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen.

10**Der Carbon-Leakage-Schutz im BEHG ist nicht ausreichend wirksam und muss ausgeweitet werden!**

Das Brennstoffemissionshandelsgesetz sieht eigentlich Entlastungen für carbon-leakagegefährdete Unternehmen vor. Die tatsächlich gewährte Entlastung für die Unternehmen ist allerdings zu gering und entfaltet keine echte Schutzwirkung.



11**Zulassung und Anwendung von CCUS!**

Die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ aus Industrieprozessen ist notwendig, um Klimaneutralität zu erreichen und sollte daher auch in Deutschland stärker in den Blick genommen und für die Industrie zugelassen werden.

12**Für Investitionen in klimafreundliche Technologien bedarf es Instrumente wie Carbon Contracts for Difference!**

Klima-Differenzverträge (CCfD – Carbon Contract for Difference) können helfen, Investitionen in klimafreundliche Technologien zu finanzieren und sollten daher als ein Baustein zur Dekarbonisierung unbürokratisch eingeführt und anwendbar werden.

13**Bürokratie bei Anträgen und Nachweispflichten abbauen!**

Das Stellen von Anträgen sowie die Erfüllung von Nachweispflichten im Zusammenhang mit den einschlägigen Energie- und Klimagesetzgebungen wurden in den letzten Jahren immer aufwendiger sowie komplizierter und binden in den Unternehmen mittlerweile erhebliche Kapazitäten. So führt beispielsweise allein die Abgrenzung von Drittstrommengenverbräuchen gemäß Energiesammelgesetz zu Millionenkosten für die betroffenen Unternehmen. Hier bedarf es dringend einer Vereinfachung und Verschlinkung der Verfahren.



© K+S AG

Herausgeber: Verband der Kali- und Salzindustrie e.V. · Reinhardtstraße 18A · 10117 Berlin
Tel. (0 30) 8 47 10 69.0 · Fax (0 30) 8 47 10 69.21 · E-Mail: presse@vks-kalisalz.de · www.vks-kalisalz.de